

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 06. März 2026



In dieser Ausgabe

**Die Lage im
Nahen Osten**

**Die neue
Grundsicherung
kommt**

**Weidetiere werden
besser vor Wölfen
geschützt**

Krankenhausreform

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Die Weltlage hat sich die letzten Tage einmal mehr zugespitzt. Der iranische Führer Ali Khamenei stand für Terror, die Bedrohung Israels, für Gewalt gegen Nachbarn und das eigene Volk und die Unterstützung von Putins Krieg gegen Europa.

Sein Tod eröffnet die Chance, die Unterdrückung zu beenden, wenngleich bei jeglicher Intervention alle Faktoren und Risiken berücksichtigt werden müssen. Passend hierzu sind das Treffen und die Beratungen zwischen Bundeskanzler Friedrich Merz mit US-Präsident Donald Trump in Washington, wobei es unter anderem auch um Außenwirtschaftspolitik geht, die für eine Exportnation wie Deutschland von großer Bedeutung ist.

Auf Verlangen der Regierungskoalitionen haben wir über die Lage im Nahen Osten und speziell über den Iran und die Lage in der Region debattiert.

Innenpolitisch ging es diese Woche unter anderem um die Einführung der neuen Grundsicherung, die das Bürgergeld ablöst. Zudem stand die Krankenhausreform auf der Tagesordnung, die eine stärkere Spezialisierung von Kliniken zum Ziel hat.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Änderung des Bundesjagd- und Bundesnaturschutzgesetzes, mit der der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen wurde, um Weidetiere besser zu schützen und deren Halter zu entlasten.

Mehr zu diesen & weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder unter www.cdusu.de.


Ihr Hermann Färber

»»» DIE LAGE IM NAHEN OSTEN

Der Krieg im Iran und Nahen Osten löst Sorgen aus, zuallererst bei den direkt betroffenen Menschen in der Region - und auch bei den Touristen, die sich aktuell vor Ort befinden. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung Unterstützung für Rückkehrer angekündigt hat.

Angesichts der möglichen Auswirkungen des Iran-Kriegs auf unsere Wirtschaft und die Energiepreise in Deutschland haben wir mit der SPD eine Taskforce der Koalitionsfraktionen eingerichtet. Dort werden die Lage analysiert, Handlungsoptionen geprüft und die Abstimmung mit der Bundesregierung gebündelt.

Noch ist zum Beispiel völlig offen, ob sich die Steigerung von Sprit- und Gaspreisen nur kurzfristig aus der Unsicherheit ergibt - oder ob es tatsächlich zu Engpässen und langfristigen Folgen kommt. Das hängt nicht zuletzt vom weiteren Kriegsverlauf ab, sondern unter anderem auch von

der Frage, wie schnell die Straße von Hormus wieder beschiffbar sein wird.

Aktionistische Schnellschüsse sind unüberlegt. Das militärische Vorgehen der USA und Israels birgt Risiken. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass die Bundesregierung einmal mehr besonnen vorgeht und sich eng mit ihren europäischen Partnern abstimmt.

Der Zeitpunkt der Kanzler-Reise nach Washington könnte nicht passender gewählt sein. Friedrich Merz spricht mit Donald Trump auf Augenhöhe - selbstbewusst, europäisch verankert und mit klarem deutschem Interesse. Es geht dabei sowohl um Sicherheitspolitik als auch um unsere wirtschaftliche Stärke. Als Exportnation sind internationale Beziehungen für uns keine Nebensache, sondern ein Standort- und Wirtschaftsfaktor für Arbeitsplätze bei uns. Der Bundeskanzler setzt hier die richtigen Prioritäten.

DIE NEUE GRUNDSICHERUNG KOMMT <<<

Wir schaffen das Bürgergeld ab und setzen die neue Grundsicherung ein - ein zentrales Wahlversprechen der Union. Wir wollen diejenigen, die arbeiten können, dauerhaft in Beschäftigung bringen. Künftig hat die Vermittlung eines Arbeitsplatzes wieder Priorität. Wer Termine bei der Jobvermittlung nicht einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, erhält keine Leistungen.

Härtefälle berücksichtigen wir selbstverständlich weiter. Jedoch tritt der Grundsatz „Fördern und Fordern“ wieder in den Vordergrund:

Wir fördern Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit und fordern die aktive Mitwirkung desjenigen ein, der staatliche Unterstützung erhält. Den Jobcentern werden dafür wirksamere Instrumente an die Hand gegeben.

Zugleich sollen sie Menschen noch besser auf dem Weg in Arbeit unterstützen. Dazu wird unter anderem der Zugang zur Förderung der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen erweitert, und Jobcenter bekommen mehr finanzielle Spielräume für Förderleistungen. Darüber hinaus erhalten sie wirksamere Instrumente zur Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs



Bildquelle: Canva.

WEIDETIERE WERDEN BESSER VOR WÖLFEN GESCHÜTZT

Der Bundestag hat klare Regeln für die Bejagung von Wölfen eingeführt. Als Berichterstatter meiner Fraktion hatte ich in den letzten Wochen mit dem Gesetzgebungsvorhaben alle Hände voll zu tun: Rücksprachen mit der Bundesregierung, Presseanfragen beantworten, in einer Anhörung den Rat von Sachverständigen einholen, mit dem Koalitionspartner über Änderungsanträge verhandeln. Am Donnerstag habe ich im Plenum für den Gesetzentwurf geworben, der dann mit den Stimmen der Koalition beschlossen wurde.



Bildquelle: Canva.



Bildquelle: Canva.

Die CDU/CSU hat die Gesetzesänderung durchgesetzt, um endlich eine Bejagung von Wölfen zu ermöglichen. Mit dem Anwachsen der Wolfspopulation in den vergangenen Jahren wurden immer mehr Weidetiere gerissen – überwiegend Schafe und Ziegen, aber auch Rinder und Pferde. Das Leid der Weidetiere, die häufig im Bluttausch der Wölfe getötet werden, hat mit Tierschutz nichts mehr zu tun. Die Gesetzesänderung ist ein wichtiger Schritt, um im ländlichen Raum die Konflikte um den Wolf zu befrieden.

Unsere Eckpunkte für ein effektives Wolfsmanagement

- Wölfe können bei günstigem Erhaltungszustand auf Grundlage revierübergreifender Managementpläne nach regionalen Erfordernissen bejagt werden.
- Problemwölfe können unabhängig vom Erhaltungszustand schnell und unbürokratisch entnommen werden.
- Leichtere Bejagung in Weidegebieten, die aufgrund naturräumlicher Gegebenheiten nicht eingezäunt werden können, z.B. auf Deichen und Almen.
- Widersprüche und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.
- Präventiver Herdenschutz, z.B. durch Zäune und Hütehunde, bleibt wichtig und muss weiter gefördert werden.

Durch die Gesetzesänderung schaffen wir für Jägerinnen und Jäger sowie für die Jagdbehörden praktikable Instrumente für ein effektives Wolfsmanagement. Unser Ziel ist, Weidetiere besser zu schützen. Denn Weidetierhaltung ist tierwohlfreundlich und für unsere vielfältige Kulturlandschaft unverzichtbar.

“**DIE BEJAGUNG VON WÖLFEN IST KEIN ERSATZ FÜR DEN PRÄVENTIVEN HERDENSCHUTZ, SONDERN EINE SINNVOLLE ERGÄNZUNG.**”

Inzwischen haben wir bei den Wölfen einen günstigen Erhaltungszustand erreicht. Durch Bestandsregulierung und Problemwolf-Entnahmen wird die Art nicht gefährdet.

Mit dem Gesetz sorgen wir für einen fairen Ausgleich zwischen der Weidetierhaltung und dem Schutz des Wolfes.

Dies ist wichtig, um die gesellschaftliche Akzeptanz für den Artenschutz zu erhalten.



➤➤➤ KRANKENHAUSREFORM

Mit der 2./3. Lesung des Krankenhausreformenpassungsgesetzes schließen wir eine der größten Krankenhausreformen seit Jahrzehnten ab. Dadurch ermöglichen wir im Zusammenspiel mit dem Krankenhaus-Transformationsfonds eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur. Unser Ziel ist eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und praxistaugliche Krankenhauslandschaft.

Der Kompromiss kommt auch den Ländern, die für die Krankenhausplanung zuständig sind, in wichtigen Fragen entgegen. So erhalten diese beispielsweise mehr Zeit, Fachkrankenhäuser einer Versorgungsstufe zuzuordnen.

Ebenso beinhaltet die Reform eine Reduzierung der Leistungsgruppen. Das heißt, dass für abrechnungsfähige Leistungen der Krankenhäuser zwar weiter Qualitätskriterien mit Mindestanforderungen gelten, jedoch werden die entsprechenden Leistungsgruppen von 65 auf 61 reduziert. Zudem sind Ausnahmeregelungen für die Zuweisung von Leistungsgruppen vorgesehen.



Geändert und erweitert wird zudem die Finanzierung des Bundesanteils am Krankenhausstrukturfonds. Dieser soll über zehn Jahre (2026 bis 2035) den Krankenhausstrukturwandel absichern. Vorgesehen waren 50 Milliarden Euro, die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden sollten. Der Bundesanteil sollte dabei aus Mitteln der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gespeist werden. Nun sind für den Fonds Bundesmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität vorgesehen. Um die Länder zu entlasten, will der Bund auch die geplanten Jahrestanchen von bis zu 2,5 Milliarden Euro aufstocken.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de